

Universität Osnabrück
Fachbereich Sozialwissenschaften

WS 1999/ 2000

Seminar: 1.110 Globalisierung und Sozialstaat - Ausgewählte Probleme am Beispiel der BRD
Dozent: Dr. Martin Schwanholz

SCHRIFTLICHE AUSARBEITUNG ZUM REFERAT

***AUSWIRKUNGEN DER GLOBALISIERUNG
AUF DAS VERHÄLTNIS VON
WIRTSCHAFT, STAAT UND SOZIALER ORDNUNG***

vorgelegt von:

Maren Bergmann
XXX
XXX
Matrikel Nr.: XXX

5. Semester
Literaturwissenschaft (HF),
Politikwissenschaft (NF),
Medienwissenschaft (NF)

0. EINLEITUNG

1. BEGRIFFSBESTIMMUNG UND DEFINITIONEN ZUR GLOBALISIERUNG

1.1 Historische Globalisierung

1.2 “Die neue Globalisierungswelle: Globalisierung II”

1.3 Kurzzusammenfassung:

2. AUSWIRKUNGEN DER GLOBALISIERUNG AUF ...

2.1 ... die Wirtschaft

2.2 ... auf den Staat

2.3 ... die soziale Ordnung

2.4 ... auf das Zusammenspiel von Wirtschaft, Staat und sozialer Ordnung.

2.5 Kurzzusammenfassung

3. MÖGLICHE LÖSUNGSANSÄTZE

3.1 Öko-Steuer

3.2 Tobin-Tax

3.3 Weiterentwicklung bestehender internationaler Organisationen

4. FAZIT

0. Einleitung

Um dem Thema der Arbeit näher zu kommen, werden zunächst einige Definitionen der Globalisierung und deren Ausprägungs- und Erscheinungsformen vorgestellt. Die folgenden Teile beschäftigen sich mit den Veränderungen, die sich durch die Auswirkungen der Globalisierung für die Wirtschaft, den Staat und die soziale Ordnung in Deutschland ergeben. Einige gängige Lösungsvorschläge folgen im dritten Teil, der mit dem Fazit gleichzeitig den Schluß bildet.

1. Begriffsbestimmung und Definitionen zur Globalisierung

Der Begriff der Globalisierung wird im Duden Fremdwörterbuch als das “Globalisieren”, das “auf die ganze Erde ausdehnen” umschrieben. Dabei werden z.B. bei Brock zwei verschiedene Phasen unterschieden.

1.1 Historische Globalisierung

Um die Veränderungen im Zusammenspiel von Staat und Wirtschaft beurteilen zu können, muß ein Blick auf die historische Entwicklung geworfen werden. Eine erste Phase der Globalisierung beginnt im Zeitalter der Industrialisierung, in Deutschland also Mitte des 19. Jahrhunderts. Mit der Ausweitung der maschinellen und arbeitskraftintensiven Produktion stiegen die Produktionsraten so stark, daß der Export eine zusätzliche Einkommensmöglichkeit darstellte. Mit der Industrialisierung setzte sich eine arbeitsteilige Weltwirtschaft durch. Nationalstaaten sind nur für eine begrenzte Produktpalette zuständig und ergänzen weitergehende Bedürfnisse durch den Handel mit anderen Staaten. Nach dem Ricardo-Theorem ist für die jeweilige Nation wichtig, sich auf das Produkt zu konzentrieren, bei dem sie im Vergleich mit anderen Nationalstaaten

über komparative Kostenvorteile verfügt. So wird die Produktion der Güter und Dienstleistungen zwischen den Staaten aufgeteilt, weitergehenden Bedarf wird über den Handel mit anderen Staaten gedeckt. Diese Aufteilung nennt Brock als das charakteristische Merkmal der “Globalisierung I” Durch die Zwänge und Nöte der arbeitenden Bevölkerung begannen auch erste Maßnahmen der Sozialpolitik.

Damals gehörte zur Macht eines Staates auch die wirtschaftspolitische Kompetenz in allen wichtigen Zweigen.

1.2 “Die neue Globalisierungswelle: Globalisierung II”

Die aktuelle Weiterentwicklung der ersten Globalisierungsphase ist gekennzeichnet durch die auch von der deutschen Regierung mitgetragenen Öffnung der Märkte und die Liberalisierung von Kapital- und Güterverkehr. Sie wird von Brock als “Globalisierung II” bezeichnet. Allerdings ist die Wirtschaft nicht mehr der einzige Bereich, in dem eine globale Verflechtung beobachtet wird. Vielmehr führt auch die weltweite Vernetzung kultureller, gesellschaftlicher, ökologischer und politischer Aktivitäten zu einem scheinbaren Zusammenwachsen der Welt. Unter Globalisierung versteht man folglich nicht mehr nur eine Ausweitung von Absatzmarkt oder Handelsmöglichkeiten. Die wirtschaftliche Dimension ist jedoch die weitreichendste der Globalisierung II. Geringe Transportkosten und der Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen erleichtern das Zusammenwachsen der nationalen Märkte zu einem Weltmarkt.

Zur weiteren Beschreibung der Globalisierung eine Definition von Hans-Peter Martin und Harald Schumann: “ Globalisierung als Entfesselung der Kräfte des Weltmarktes und die ökonomische Entmachtung des Staates.” Norbert Berthold stellt fest: “Barrieren im Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr wurden beseitigt”.

1.3 Kurzzusammenfassung:

2. Auswirkungen der Globalisierung auf ...

Die Folgen der aktuellen Globalisierung wirken in den einzelnen Bereiche Wirtschaft, Staat und sozialer Ordnung unterschiedlich. Der Einfluß auf das Verhältnis der drei Gebiete untereinander wird unter Punkt 2.4 analysiert.

2.1 ... die Wirtschaft

Die Globalisierung verändert die nationalstaatliche Orientierung der Wirtschaft. Mehr und mehr Unternehmen entstehen, die in allen Regionen der Welt aktiv werden. Für diese Global Players bieten die veränderten Rahmenbedingungen der Wirtschaft vergrößerte Absatzmärkte und vermehrte Investitionsmöglichkeiten. Das Ziel der Profitmaximierung können die Global Players leichter erreichen, da sie bei der Wahl ihrer Firmen- und Produktionsstandorte auf Billiglohnländer und die damit verbundene kostenkünstigere Herstellung ihrer Waren zurückgreifen können. Weltweiter Freihandel ist mittlerweile möglich und wird von den Global Players auch wegen niedriger Transportkosten zur weiteren Profitmaximierung genutzt. Die umfassende Liberalisierung von Waren und Kapital löst die Bindung an den nationalen Markt auf.

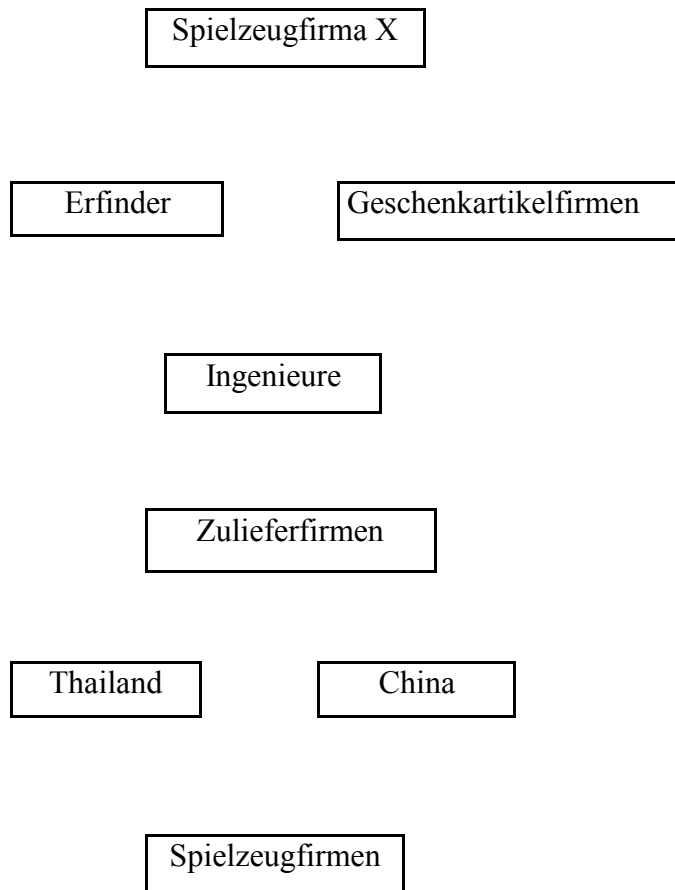
Der Weltmarkt, ein an und für sich sehr abstraktes Gebilde, scheint angesichts neuer Kommunikationsmittel näher zusammenzurücken. Den "Kern" der für die Wirtschaft relevanten Änderungen bildet

jedoch die Öffnung der internationalen Geld- und Finanzmärkte, durch die der weltweite Handel mit Aktien oder Devisen, eine “weltumspannende Beweglichkeit des Kapitals” möglich wurde. Für ausländische Anleger ist es folglich einfacher geworden, Kapital in Form von Aktien in renditeversprechenden deutschen Aktiengesellschaften anzulegen. Diese Anleger sind vorrangig an ihrem Profit interessiert, die Auswirkungen notwendiger Rationalisierungen, z.B. der Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland, sind für diese Investoren unwichtig. Durch eine wachsende Zahl ausländischer Geldgeber wächst wiederum der finanzielle Erfolgsdruck auf die betreffenden Unternehmen, die dann zu Einsparungen gezwungen sind.

Für die Arbeit der Global Players läßt sich nach Brock das folgende Schaubild erstellen.

Produktionsweise der global players

Beispiel nach Brock, 1997, S. 15



Eine Spielzeugfirma verkauft jährlich Kleinartikel im Wert von 50 Millionen Dollar. Die Entwicklung dieser Produkte gibt sie an unabhängige Erfinder oder Geschenkartikelfirmen ab. Die Gegenstände die von diesen erdacht wurden, werden von ebenfalls unabhängigen Ingenieuren konstruiert. Die Produktion und Verpackung erfolgt durch unabhängige Zulieferfirmen, die die arbeitsintensiven Vorgänge der Produktion an unabhängige Firmen in Thailand oder China verteilen. Die so erstellten Artikel leitetet die o.g.

Spielzeugfirma an unabhängige Läden und Geschäfte in den USA weiter, die die Produkte vermarkten und verkaufen.

Wie dieser exemplarische Fall zeigt, kann ein Unternehmen, das eine bestimmte Größe erreicht hat, seine Produktion in einem Land auflösen und auf andere verteilen. Für die Unternehmen, die für Global Players produzieren, wächst mit der Abhängigkeit von den Aufträgen der Druck, auch im weltweiten Vergleich kostengünstig produzieren zu können. Für den Global Players stärkt das die Position bei Verhandlungen mit Zulieferfirmen.

Global Players sind also wie schon o.a. nicht mehr ortsgebunden und fallen in ihren Produktionsprozessen nicht mehr unter die Kontrolle oder den Einfluß des Staates. Nicht vergessen werden darf jedoch, daß die gesamte Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt enger wird, da Unternehmen einer Branche nicht mehr nur mit denen des nationalen Marktes konkurrieren müssen. Aus der Konkurrenz mit Firmen aus aller Welt resultiert ein erhöhter Konkurrenzdruck.

2.2 ... auf den Staat

In der Phase der Globalisierung I war der Staat für die wirtschaftlichen Belange zuständig, schuf unter anderem mit der Einführung der Sozialversicherungen Absicherungen für die arbeitende Bevölkerung und weitere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft wie Tarifordnung oder Betriebsverfassungsgesetz. Mit dem neuerlichen Globalisierungsschub verliert der Staat zunehmend die Kontrolle über den nationalen Markt, da dieser nicht mehr vom Weltmarkt abzugrenzen ist und ein ursprünglicher 'nationaler Markt' nicht mehr existiert.

Wie die Wirtschaft wird auch die Politik immer stärker weltweit verflochten. Diese Internationalisierung der Politik verursacht auch eine Abnahme der demokratischen Legitimierung. Auf der

internationalen Ebene fehlt die parlamentarische Kontrolle, die in einem Nationalstaat wie z.B. durch den Bundestag und die Ländervertretung gegeben ist. Das Europäische Parlament beispielsweise, ist zwar durch die direkte Wahl legitimiert, hat aber im Vergleich zur Europäischen Kommission nur wenig Einfluß auf die Politik der EU. Dem Diktat der "weltmarktbestimmten Sachzwänge", etwa der Anpassung des Sozialstaates, müssen sich die Parlamentarier beugen, um nicht noch stärker den Standort Deutschland zu gefährden. So entsteht in der Bevölkerung eine Politikverdrossenheit, die auf dem Verlust der Glaubwürdigkeit beruht, steht der Staat dem Wandel in Gesellschaft und Wirtschaft durch die Globalisierung doch machtlos gegenüber.

Der "nationale Wettbewerbsstaat" kann eben nicht mehr die eigene Wirtschaft gegen Einflüsse von außen schützen oder regulierend in den Markt eingreifen, wie dies der "fordistische Sicherheitsstaat" ehemals getan hat, sondern steht im Wettbewerb mit anderen Nationalstaaten. Schafft der Staat es nicht, das Wohl des Volkes herzustellen oder den Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessensgruppen zu schaffen, wird sein Machtmonopol in Frage gestellt. Eine wachsende Unzufriedenheit der Teile der Bevölkerung, die von der prosperierenden Entwicklung der Wirtschaft ausgegrenzt werden, schaffen einen Boden für staatszerstörende Tendenzen. Die Neigung zu ethnischen Konflikten war bisher immer in den Staaten am größten, denen die Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt und Wohlstand verweigert war.

2.3 ... die soziale Ordnung

Die soziale Ordnung in Deutschland ist geprägt durch ein "korporatistisches Dreieck", in das der Staat, Arbeitgebervertreter und Gewerkschaften als Arbeitnehmervertreter eingebunden sind. Das

Gebot der Umverteilung gilt für den Wirtschaftsraum Deutschland und schafft den Ausgleich zwischen den einzelnen Gruppen, Vermögenden und weniger Vermögenden, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, arbeitender und arbeitsloser Bevölkerung.

Dennoch stehen bei den wichtigsten Mitteln, den Sozialversicherungen, Einschnitte an. Die strukturelle Arbeitslosigkeit ist ohnehin relativ hoch, so daß z.B. der Arbeitslosenversicherung einer gewachsenen Zahl von Leistungsempfängern gleichzeitig weniger Beitragszahler gegenüber stehen. Mit dem Wandel der Beschäftigungsverhältnisse vom sekundären in den tertiären, den Dienstleistungssektor, ist die strukturelle Arbeitslosigkeit verbunden. Durch die Globalisierung erfolgt dieser Wandel schneller, als ohne Druck von außen. Der Rationalisierungsdruck ist gleichfalls durch den Einfluß der Globalisierung erhöht. Auch die Alterspyramide in der Gesellschaft entwickelt sich zu einer Belastung z.B. für die Rentenversicherung, da immer mehr Leistungsempfänger immer weniger Beitragszahlern gegenüberstehen. Das Dilemma oder der "Teufelskreis" der Sozialversicherungen birgt die Gefahr, daß diese nicht mehr als ein Minimum abdecken können. Andererseits senken hohe Lohnnebenkosten, mit denen hier hohe Beiträge zu den Sozialversicherungen gemeint sind, die Akzeptanz des Standortes Deutschland, was wiederum mit Arbeitsplatzverlusten verbunden ist.

2.4 ... auf das Zusammenspiel von Wirtschaft, Staat und sozialer Ordnung.

Die Globalisierung ändert das Zusammenwirken von Wirtschaft, Staat und sozialer Ordnung, wie sich schon bei den Punkten 2.1 bis 2.3 erkennen läßt.

Auf Dauer werden Unternehmen in Deutschland das korporatistische Dreieck auflösen, sie fühlen sich der Nation immer weniger verbunden. Entweder weil sie durch ihre Größe als Global Players ihre Standorte über die ganze Welt verteilen oder weil sie als kleinere Unternehmen nicht mehr selbständig produzieren und vermarkten, deswegen von Aufträgen abhängig sind und mit zahlreichen anderen Unternehmen konkurrieren, die unter Umständen günstiger produzieren können. Global Players sind an sozialem Ausgleich und soziale Ordnung nur bedingt interessiert, nur *ein* Kriterium bei ihrer Standortwahl. Für kleinere Unternehmen ist die Beibehaltung der sozialen Ordnung nur dann relevant, wenn durch die Mechanismen zu ihrer Schaffung ihre Marktchancen nicht beeinträchtigt werden.

Der Staat muß ihrer Meinung nach für alle Unternehmen die richtigen Bedingungen schaffen. Die Wirtschaft läßt den Staat mit der Schaffung des sozialen Ausgleichs allein, registriert die befriedete Gesellschaft in einem Wohlfahrtsstaat oder Sozialstaat als einen Standortvorteil von vielen.

Mit der Abnahme der Unternehmensbindung an einen Ort oder einen Staat, gerät der Staat aus einer von der Wirtschaft indirekt abhängigen Position unter Druck. Durch die globale Organisation der Unternehmen werden verschiedene Hoheiten und die Souveränität des Staates eingeschränkt. Die global tätigen Unternehmen gründen verschiedene Standorte in "off-Shore-Zentren", in denen die steuerpflichtigen Gewinne erwirtschaftet werden und dadurch der Besteuerung in Deutschland entgehen. Ein Unternehmen wie BMW zahlt beispielsweise in Deutschland nur noch einen verschwinden geringen Steuersatz, obwohl steigende Gewinne (in Steueroasen) erwirtschaftet werden. Aber auch durch das Anlegen von Vermögen z.B. in Luxemburg entgehen die Besitzer den steuerlichen Belastungen in Deutschland. Nach Schätzungen von Martin / Schumann fehlen "dem Finanzministerium jedes Jahr Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe, etwa die Hälfte dessen, was den Steuerzahlern an Solidarzuschlag abverlangt wird". Mit einem geschätzten

Steuerausfall von "50 Milliarden pro Jahr" entspricht das fehlende Steueraufkommen etwa der "Neuverschuldung des Bundes". Dadurch fehlen wichtige finanzielle Mittel, um die Folgen der Globalisierung abzumildern.

Der Staat büßt also seine Rolle als ordnende Macht ein, wird vielmehr zum Spielball der Interessen der Weltwirtschaft. Sie ist nicht mehr von den Zugeständnissen des Staates abhängig, diese Dependenz kehrt sich in der Globalisierung II genau um. Was die Wirtschaft an Handlungsspielraum gewinnt, büßt der Staat ein.

Die weltweite Konkurrenzsituation in der Wirtschaft öffnet die Möglichkeit für eine "Spirale nach unten". Sie erhält dadurch besondere Brisanz, daß nicht mehr die Unternehmen miteinander in Konkurrenz stehen, sondern die Nationen, die sich als Standorte anbieten.

Der Wettbewerb dieser Nationen kann nur zu Lasten der innerstaatlichen Ordnung gehen. Verliert der Staat das Vertrauen seiner Bürger und kann er gleichzeitig nicht für andauernden sozialen Ausgleich sorgen, wächst in den demokratischen Staaten die Gefahr, daß undemokratische Parteien Zulauf erfahren könnten. Diese Gefahr sehen auch sowohl Schumann als auch Hirsch.

Die Spirale nach unten bedroht die soziale Ordnung in Deutschland, da weder Wirtschaft noch Staat die notwendigen Mittel aufbringen wollen.

2.5 Kurzzusammenfassung

Sieht man die Globalisierung als reinen wirtschaftlichen Vorgang an, so muß nun festgestellt werden, daß diese Entwicklung zwar von der Wirtschaft ausgeht, aber in keinem Fall nur in diesem Teilbereich in ihren Auswirkungen betrachtet werden darf. Dazu sind die dargestellten Veränderungen zu weitreichend und üben zu starken Einfluß auf die gesamte Gesellschaft aus.

3. Mögliche Lösungsansätze

Spricht man von Lösungen zur Regulierung oder Bändigung der Globalisierung, muß voraus geschickt werden, daß Vorschläge wie Mindeststandards von Entlohnung oder Arbeitsbedingungen nur dann sinnvoll sind, wenn sie in vielen Ländern Anwendung finden und auch durchgesetzt werden. Eine Kontrollmöglichkeit für eventuelle Maßnahmen zur Demokratisierung oder Schaffung humanerer Arbeitsbedingungen wird unter Punkt 3.3 vorgestellt.

3.1 Öko-Steuer

Angesichts der niedrigen Transportkosten wird eine weltweite Aufteilung der wirtschaftlichen Produktion für die Global Players interessant. Nur eine Verbrauchssteuer für Ressourcen kann “das ökologisch verheerende Wachstum des Gütertransportes über immer größere Distanzen begrenzen.”. Eine Steuer auf den Verbrauch von Rohstoffen kann auch den Einsatz von menschlicher Arbeitskraft ersetzenden Maschinen vermindern, “energieintensive Automation wäre weniger rentabel”. Neben dem ökonomischen Effekt würde auch die wachsende Umweltzerstörung zumindest nicht weiter fortgesetzt und so unter Umständen die Klimaveränderungen etc. entschärfen.

3.2 Tobin-Tax

Als weiterer Vorschlag wird die Einführung eines “Tobin-Tax” diskutiert. Diese Steuer soll als eine Art Umsatzsteuer auf den Devisenhandel und die Gewährung von Krediten in Euro an nichteuropäische Banken erhoben werden. Diese Steuer müßte nur einen sehr geringen Satz von einem Prozent betragen, da bei dem Handel mit Devisen ohnehin nur Nachkommastellen den Gewinn

ausmachen. Mit einer Steuer, die beim Währungstausch erhoben würde, "würde sich das Geschäft mit den Zinsdifferenzen zwischen den verschiedenen Märkten und Ländern nur noch in Ausnahmefällen lohnen". Mit den Steuereinnahmen aus dem Tobin-Tax, der nach seinem geistigen Vater James Tobin benannt wurde, könnte den Ländern des Südens, die nicht an der globalen Entwicklung teilhaben, finanzielle Unterstützung geleistet werden.

3.3 Weiterentwicklung bestehender internationaler Organisationen

Um den Global Players bei Verhandlungen um Arbeitsbedingungen und soziale Standards machtvolle internationale Organisationen gegenüber zu stellen, damit letztlich Verhandlungsergebnisse erreicht werden und später auch in den beteiligten Staaten umgesetzt werden können. Hierfür schlägt Hirsch eine Weiterentwicklung bisheriger demokratischer Formen vor, um den internationalen Organisationen so die Chance auf demokratische Legitimation zu geben. Als Wurzel für diese neuen Formen der Demokratie nennt Hirsch nationale nicht-gouvernementale Organisationen, die schon jetzt auf Mißstände aufmerksam machen. Diese könnten international vernetzt werden und so als Kontrollinstanz aktiv werden, sofern ihrer Arbeit Rahmenbedingungen und Richtlinien allgemeingültig eingeführt wurden.

4. Fazit

Der Einfluß der Globalisierung auf die Nationalstaaten ist unbestritten und wurde deutlich dargestellt. Die Annäherung der Welt und die wirtschaftliche Öffnung wurde von den Regierungen forciert und begrüßt, auch von der deutschen Bundesregierung.

Die globalen Probleme, die sicherlich von Region zu Region verschieden sind, bedürfen einer globalen Lösung, und die Lösung bedarf einer globalen Anerkennung durch möglichst viele Staaten der Weltgemeinschaft. Mit Punkt 3.2 wird eine Variante genannt, die ökologische Dimension, die meiner Meinung nach in den Kontext der Nachhaltigen Entwicklung einzureihen ist. Sie ist eine gute Perspektive für die chancengleiche Weiterentwicklung der Welt. Außerdem be

Wanderungsbewegungen oder Völkerwanderungen werden immer wahrscheinlicher, je mehr moderne Medien über den Wohlstand der industrialisierten Welt berichten. So ist nicht verwunderlich wenn von der Globalisierung vernachlässigte in die Industrienationen emigrieren wollen.

Literaturverzeichnis

Norbert Berthold (1996): Globalisierung der Märkte - Erosion des Sozialstaates?; in: Zeitschrift zur politischen Bildung, Eichholz Brief 3 / 1996

Ditmar Brock (1997): Wirtschaft und Staat im Zeitalter der Globalisierung; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 33 - 34 / 97, Frankfurt

Joachim Hirsch (1996): Der nationale Wettbewerbsstaat. Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin

Claus Koch (1995): Die Gier des Marktes. Von der Ohnmacht des Staates im Kampf mit der Weltwirtschaft, München / Wien

Hans-Peter Martin / Harald Schumann (1996): Die Globalisierungsfalle, Hamburg

Wolf-Dieter Narr / Alexander Schubert (1994): Weltökonomie - Die Misere der Politik, Frankfurt am Main

Wichard Woyke (Hrsg.) (1998): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn